

DEUTSCHE POLITIK

Springers Zeitschriftenverkauf

Die in Axel Caesar Springers publizistischen Organen seit Jahren betriebene Hetze gegen Minderheiten (Studenten), die Wiederbelebung nationalistischen und militaristischen Geistes („Israelis sind nicht zu halten“) durch seine Gazetten, die Pressionen, Verleumdungen, Verdrehungen und Falschmeldungen von *Welt*, *Bild*, *BZ* und *Morgenpost* haben den Großverleger zunehmend in die Schußlinie nicht nur radikaler Studenten, sondern auch liberaler Reformer gebracht. Die wachsende Unruhe über die Festigung dieses Meinungsmonopols hat sogar verantwortliche Stellen eine gewisse Aktivität entfalten lassen: Im Mai 1967 setzte Bundesinnenminister *Lücke* die *Günther-Kommission* ein zur „Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik.“

Der am 22. Mai dieses Jahres erstattete endgültige Bericht läßt keinen Zweifel, daß auch die Kommissionsmitglieder schwerste Bedenken hegen gegen die Konzentration der Meinungsproduktion in der Hand Springers. Dieser gefiel sich freilich weiterhin in der Pose der verfolgten Unschuld. Um so erstaunlicher war die Ende Juni eintreffende Nachricht über den Verkauf von fünf Springer-Zeitschriften, darunter die erst vor vier Monaten mit großem Reklameaufwand lancierte *Jasmin*.

Daß sich der Verleger mit einem Schlag fast der Hälfte seiner Zeitschriftenauflage entledigte, schien zunächst ein Erfolg der gegen ihn gerichteten Öffentlichkeit. Es war ja vorher zu vernehmen gewesen, daß der empfindsame Konzernherr über die Kritik an seinem Haus sehr betrübt sei. Inzwischen ist die Erkenntnis weit verbreitet, daß durch die Veräußerung der Zeitschriften sich an Springers Stellung auf dem Zeitungsmarkt nichts geändert hat; im Gegenteil, es wird vermutet, der Verkaufserlös werde dazu verwandt, diese Stellung noch weiter auszubauen, um möglicherweise durch Farbdruck den modernen Analphabeten die Bild-Botschaft von Traum und Sensation noch leichter eingängig zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob nicht dennoch der Verkauf an *Weitpert* für Parlament und Regierung als Alibi gelten wird, das Problem Pressekonzentration zu verschleppen (der *Spiegel* brachte Zitate der Abgeordneten *Zimmermann* (CSU) und *von Eckardt* (CDU): „Wegen der Günther-Kommission wäre nichts passiert — auf Jahre hinaus“ und: „Was die Kommission da macht, ist ganz weltfremd“).

Die Parole „Enteignet Springer“ hat also ihre Gültigkeit nicht verloren; die außer-

parlamentarische Opposition und die Gewerkschaften müssen Springers Konzernmacht weiter kritisch im Auge behalten und keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um Parlament und Regierung zu einem Eingriff zu drängen. Die Gründe dafür sind bekannt: die wirtschaftliche Macht wird dazu gebraucht, Druck auf die eigenen Journalisten, auf Händler und auf andere Verleger auszuüben; die politische Macht, beruhend auf einem Anteil von 38,2 vH verkaufte Auflagen aller Tageszeitungen, wird benutzt, auf der Klaviatur der Massenvorurteile zu spielen, die, durch die Autorität von *Bild* und *BZ* gedeckt, sich in den Leserbriefen unverhohlen her vorwagen; die Aktivierung antidemokratischen Potentials dient Springers Machtinteressen, die z. T. spezifisch ihm zugehörig sind, wie etwa der Drang zum Verlegerfernsehen, z. T. allgemeine privatkapitalistische Unternehmerinteressen sind, wie etwa die latente Gewerkschaftsfeindlichkeit, der offene Haß auf die das gegenwärtige Gesellschaftssystem in Frage stellenden Studenten, die dem „kleinen Mann“ als Blitzableiter dienen für die Frustrationen, die aus seiner Unterprivilegierung erwachsen. Der Brauch, diejenigen, die im Harmonie-Modell Widersprüche aufzeigen, als deren Urheber anzuprangern, ist im Verhältnis Springers zu den Studenten zur Perfektion ausgebildet worden.

Man darf bei dem Kampf gegen Springer jedoch nicht übersehen, daß dessen rücksichtslose Ausnutzung seiner Macht nur eine Steigerungsform des allgemeinen Trends zum entpolitizierenden Konsumjournalismus ist. Die Verankerung der Pressefreiheit im Grundgesetz geschah nicht, um Axel Springer zu gestatten, täglich fast acht Millionen mal seine demokratiefeindlichen Meinungen zu verbreiten, sie hat vielmehr zum historischen Hintergrund die aus dem Zeitalter der Aufklärung stammende Einsicht, daß eine vernünftige, auf Freiheit gerichtete Gesellschaft der Presse als öffentliches Forum bedarf, durch das die Handlungen der staatlichen Gewalt der rationalen Diskussion unterworfen werden. Aufklärung, Kritik, Kontrolle, Gegenmacht zu sein ist also die Funktion der Presse, daher nimmt die Pressefreiheit einen so wichtigen Platz in den Verfassungen der westlichen Demokratien ein.

Konfrontiert man die heutige Praxis der Pressefreiheit mit ihrer verfassungspolitischen Idee, so wird klar, daß zumindest die sogenannte Massenpresse ihre Aufgabe nicht mehr erfüllt.

Der optische Reiz der Bilder, die Holzhammer-Methode der Schlagzeilen, die Darstellung der „Welt als Scherbenhaufen“ (*Enzensberger*), die Ableitung von Aggressionen auf Minderheiten, die Personifizierung aller Ereignisse, die Befriedigung des Voyeurtriebs der Armen durch Gewährung eines Einblicks in die angebliche Welt der Reichen („Herbert

von Karajans vollkommene Ehe"), die gleichzeitige Verhütung aufkommender Neidgefühle durch das Aufzeigen traumhafter Möglichkeiten („Wie arme Mädchen reiche Männer erobert haben") — all das ist das genaue Gegenteil von Aufklärung des kleinen Mannes über seine Interessenlage. Indem der Konsumjournalismus die unverbindlichen Bedürfnisse der isolierten Konsumentenmasse, die er zuvor erweckt hat, befriedigt, verhüllt er seinen Lesern erfolgreich deren politische Interessen. Insofern ist es übrigens gleichgültig, ob der verlogene Flitter a la *Jasmin* von Springer, von Weitpert oder von Grüner, Jahr und Bucerius verlegt wird.

Auch durch ihre linksliberale Einstellung bekannte Verleger können nicht darauf verzichten, zur allgemeinen Volksverdummung beizutragen, wenn sie nicht ihre Position auf dem Markt gefährden wollen. Die Frage stellt sich, ob die Presse ihre Aufgabe als Garant der Demokratie überhaupt erfüllen kann, solange sie auf dem Markt Mehrwert erzielen muß. Die Idee der Presse als Macht der Vernunft stammt aus einer Zeit — vor, während und nach der Französischen Revolution —, in der das Rentabilitätsprinzip für die Presse nicht an erster Stelle stand, zu-

gleich aber auch das zur politischen Emanzipation drängende Bürgertum mit dem Prinzip des freien Markts die relative historische Vernunft gegenüber dem absolutistischen Obrigkeitsstaat vertrat. Der Ruf nach Freiheit des Markts und nach politischer Freiheit, dessen Vehikel die Presse war, enthielt keinen Widerspruch, da der Obrigkeitsstaat der Entfaltung beider Freiheiten im Wege stand. Mit der Ablösung des absolutistischen Staats durch den bürgerlichen Staat konnte daher die nach bürgerlichen Prinzipien gestaltete, also auch am Prinzip des Profits orientierte Presse nicht mehr in dem Maße herrschaftskritisch sein, wie die historische Idee der Pressefreiheit es erfordert; Freiheit des Marktes und politische Freiheit sind keine Synonyma mehr.

Man müßte also in Erwägung ziehen, die Kommunikationsmittel überhaupt privatkapitalistischer Verfügungsgewalt zu entziehen, wenn die Presse ihre ursprüngliche Funktion als Forum mündiger, zur Selbstbestimmung drängender Menschen wiedererlangen soll. Daß eine Presse, deren Antrieb die Kritik von Herrschaft im Namen der Vernunft ist, nicht eine historische Ausnahmeerscheinung zu bleiben braucht, beweist zur Zeit die Presse der CSSR.

Claucha Pinl